

ZVPÖ – ZEITUNG DES ZENTRALVERBANDES DER PENSIONISTINNEN UND PENSIONISTEN ÖSTERREICHS, gegr. 1924

## PENSIONEN KOSTEN ZU VIEL? DIE WAHRHEIT SIEHT ANDERS AUS!

Von über € 32 Mrd., die fälschlich als „Pensionskosten des Staates“ bezeichnet werden, fließt nur ein Bruchteil ins Pensionssystem der Arbeiter und Angestellten.

**ÜBER  
€ 32 MRD.**

← FÄLSCHLICH ALS  
„PENSIONSKOSTEN  
DES STAATES“  
BEZEICHNET



**WIR LASSEN UNS NICHT EINSCHÜCHTERN!**

## Wir lassen uns nicht einschüchtern

Wenn es um Fragen der Zukunft des österreichischen Budgets geht, gibt es eine Standardantwort: Die Pensionen kosten zu viel. Dann wird auf die „Pensionskosten des Staates“ verwiesen, die unter dieser fälschlichen Rubrik über € 32 Mrd. und damit über ein Viertel der Ausgaben des Bundes betragen. Die Rubrik ist aber ein Kampfbegriff derer, die das bewährte Umlagesystem der gesetzlichen Pensionsversicherung zugunsten privater Versicherungen madig machen wollen.

Tatsächlich fließt von diesen Ausgaben nur ein Bruchteil ins Pensionssystem des ASVG für die Arbeiter und Angestellten, nämlich etwa nur ein Viertel. Einen großen Brocken – etwa ein Drittel – stellen die Ruhegenüsse (Pensionen) der Beamten dar, der Rest sind Sozialausgaben in Ergänzung zur Pensionsversicherung, aber nicht deren Bestandteil.

Die Regierung hat mit dem „Nachhaltigkeitsmechanismus“ beschlossen, dass – werden die geplanten Einsparungen von € 7,5 Mrd. bis 2030

nicht erreicht – Verschlechterungen im Pensionssystem gesetzlich vorgeschrieben werden, z.B. eine Erhöhung des gesetzlichen Pensionsantrittsalters auf 67 Jahre oder darüber. Der Schnösel von den Neos (deren Klubobmann) kann sogar das nicht erwarten, er durfte auf einer Pressekonferenz in Anwesenheit der Regierungsspitzen verkünden, die Erhöhung des Pensionsantrittsalters werde in der nächsten Legislaturperiode ganz sicher kommen. Woher er das weiß?

Der Seniorenrat, in dem alle Seniorenverbände, einschließlich des ZVPÖ, vertreten sind, lehnt eine Erhöhung ab. Zurecht, denn alle Untersuchungen der Alterssicherungskommission, die von der Regierung eingesetzt wurde, zeigen, dass das Pensionssystem auf der heutigen Grundlage auf lange Sicht stabil bleibt.

Fortsetzung von Seite 1

## » Erhöhung des Pensionsalters heißt nicht automatisch geringere Pensionsausgaben

Erstaunlich aber ist, dass niemand von den Trommlern, die die Erhöhung des gesetzlichen Pensionsantrittsalters, meist unter dem Titel „Anpassung an die steigende Lebenserwartung“, fordern, vorweisen können, was sich der Staat dadurch tatsächlich ersparen könnte. Weder die Alterssicherungskommission, noch eines der zahlreichen Wirtschaftsforschungsinstitute oder die Thinktanks der Parteien haben bisher eine solche Rechnung aufgestellt, es gibt schlicht und einfach keine seriöse wissenschaftliche Untersuchung dazu. Sie tapen im Dunkeln, fordern aber etwas, wovon sie eigentlich nichts wissen.

Abgesehen davon, dass die Lebenserwartung nicht mehr in dem Ausmaß steigt, als in früheren Jahrzehnten, teils sogar stagniert und in einigen Jahrgängen sogar zurückgeht, gibt es gute Gründe, einen Einsparungseffekt für den Staatshaushalt bei höherem Pensionsalter in Zweifel zu ziehen.

Erstens kommen zwar in den ersten Jahren der verlängerten Arbeitszeit mehr Beiträge in die Pensionsversicherung, aber nicht in dem Ausmaß der verlängerten Arbeitszeit, da ein nicht unerheblicher Teil von Menschen aus der Arbeitslosigkeit oder dem Krankenstand oder der Berufsunfähigkeit in die Pension übertreten wird. Das zeigt sich auch jetzt schon beim erhöhten Pensionsantrittsalter der Frauen. Es werden dann höhere Pensionen bzw. die nicht beitragsgedeckten Versicherungszeiten bis zum Lebensende, also höhere Pensionsausgaben, anfallen.

Zweitens müsste der Staat länger als bisher den Beschäftigten im öffentlichen Dienst höhere Gehälter (Biennalsprünge) zahlen und die daraus resultierenden höheren Ruhegüsse (Pensionen).

Ob all das zu einem zumindest relativen Rückgang der Ausfallhaftung im ASVG oder der Pensionsfinanzierung im öffentlichen Dienst im Budget führt, ist zumindest offen. Man weiß es eben nicht.

Es wäre daher besser, die Trommler für die Hinaufsetzung des Pensionsalters würden den Mund halten. ■

Michael Graber

# Ein Schritt zu mehr Teilhabe im Alter

## Mehr Zugang zu den Büchereien Wien für Pensionist:innen gefordert

In der Bezirksvertretung Josefstadt wurde kürzlich ein Antrag eingebracht, der die Zugangsmöglichkeiten für Pensionist:innen zu den Büchereien Wien verbessern soll. Ziel ist es, älteren Menschen einen leichteren und niederschweligen Zugang zu Bildung, Information und kultureller Teilhabe zu ermöglichen.

keit zu geben, geeignete Lösungen zu entwickeln.

In der Debatte rund um den Antrag wurde argumentiert, dass bestehende Unterstützungsangebote wie der Aktivpass bereits ausreichend seien. Dem wurde entgegengehalten, dass dieser nur Menschen mit sehr niedrigem Einkommen erreicht und viele



Ausgangspunkt war die Beobachtung, dass es bereits Ermäßigungen für bestimmte Gruppen wie Schüler:innen, Lehrlinge und Studierende gibt. Viele Pensionist:innen verfügen jedoch ebenfalls über ein begrenztes Einkommen und stehen im Alltag vor finanziellen Herausforderungen. Gleichzeitig erfüllen öffentliche Büchereien eine wichtige Funktion: Sie bieten nicht nur Zugang zu Büchern und Medien, sondern sind auch Orte der Begegnung, des lebenslangen Lernens und der sozialen Teilhabe.

Der Antrag zielte daher darauf ab, die zuständigen Stellen der Stadt Wien zu ersuchen, Maßnahmen zu prüfen und gegebenenfalls umzusetzen, die den Zugang für Pensionist:innen erleichtern. Dabei wurde bewusst auf eine konkrete Vorgabe verzichtet, um der Stadt die Möglich-

Pensionist:innen mit knapp darüber liegenden Einkommen nicht berücksichtigt werden.

Der Antrag fand schließlich eine breite Mehrheit: Alle Fraktionen stimmten dafür, lediglich die NEOS lehnten ihn ab.

Eingebracht wurde der Antrag von Bezirksrat Herbert Fuxbauer, der auch Bundessekretär des ZVPÖ ist. Mit diesem Beschluss wurde ein wichtiger Impuls gesetzt. Nun liegt es an der Stadt Wien zu prüfen, wie die Nutzung der Büchereien für Pensionist:innen weiter verbessert werden kann. Klar ist: Der Zugang zu Bildung und kulturellen Angeboten sollte allen Generationen offenstehen und darf keine Frage des Einkommens sein – auch und gerade nicht im Alter. ■

Herbert Fuxbauer

**Die Pensionistin spricht**

# Nachrichten aus dem neoliberalen Patriarchat

Vor allem alleinlebende Frauen im Pensionsalter stellen aktuell fest, dass sie mit ihrer Pension nicht oder kaum auskommen. Sie haben jahrelang auf volle Berufstätigkeit zugunsten von Kindererziehung und Haushaltsführung verzichtet und dafür pensionsrechtliche Nachteile in Kauf genommen. Alleine leben wird so sehr mühsam. 2025 betrug die Pensionslücke zwischen Männern und Frauen, der Gender Pension Gap, in Österreich seit Jahren stagnierende 39,7%, in der EU der schlechteste Wert nach Malta und den Niederlanden.

Das österreichische Pensionssystem ist erwerbszentriert, d.h., die Beitragsgrundlage besteht im Wesentlichen aus den in die Pensionsversicherung (PV) eingezahlten Arbeitgeber:innen- und Arbeitnehmer:innen-Beiträgen. Wer Teilzeit arbeitet, noch immer 50 % aller erwerbstätigen Frauen in Österreich, oder in niedrig entlohnten Berufen und wer alte Familienangehörige pflegt, hat so das Nachsehen. Dass sich das in absehbarer Zeit ändern wird, ist angesichts jahrelang geäußelter Versprechungen, den Missstand beheben zu wollen, mehr als unwahrscheinlich.

Als Teilversicherungszeiten angerechnete Zeiten der Kindererziehung, Arbeitslosigkeit und Angehörigenpflege sollen die Pensionsmisere für Frauen abmildern, sind aber zu gering, um diesen Effekt zu haben. Ebenso die Ausgleichszulage, die nicht vor Armut schützt.

Im Auftrag der AK Oberösterreich hat das WIFO 2024 eine Studie erstellt, die vier Szenarien durchrechnet, die den Gender Pension Gap verringern könnten. Ich halte es für keinen Zufall, dass die Ergebnisse dieser Studie bisher nicht diskutiert werden.

## Vier Szenarien

Szenario 1: Aufwertung der Kindererziehungszeiten auf das mittlere Bruttomonatsgehalt von ganzjährig Vollbeschäftigten. Das ergebe eine Verringerung der geschlechtsspezifischen Pensionslücke um 4 % und bedeutete Mehrausgaben von € 36 Mio.

Szenario 2: Höherbewertung der Arbeitslosigkeit durch Anrechnung von 90 % statt 70 % der Bemessungsgrundlage (Letztbezug) des Arbeitslosengeldes bei Bezug von Arbeitslosengeld, bei Bezug einer Notstandshilfe Anrechnung von 80 % der Bemessungsgrundlage des Arbeitslo-

senngeldes. Das ergibt eine um 2% höhere Pension für alle Personen mit Arbeitslosigkeitsphasen. Kosten: € 25 Mio.

Szenario 3: Einführung eines Gender-Pay-Gap-Faktors. Das ist ein Aufwertungsfaktor, durch den die jährliche Beitragsgrundlage einer erwerbstätigen Frau um jenen Prozentsatz erhöht wird, um den ihre Beitragsgrundlage von der durchschnittlichen Beitragsgrundlage eines Mannes abweicht. Er verhindert, dass die Benachteiligung von Frauen in der Arbeitswelt in die Pension übertragen wird. Die Pensionslücke wird um 6 % verringert, Kosten: € 95 Mio.

Szenario 4: Die Umstellung der Berechnung der Pensionshöhe von der lebenslangen Durchrechnung auf die 15 besten Jahre. Diese wirkt sich am stärksten auf die durchschnittliche Pensionshöhe aus: Diese steigt (für Frauen und Männer) von € 1.714 auf € 2.021. Mehrausgaben: € 389 Mrd.

Verglichen mit den Milliarden, die aktuell für die Rüstung verpulvert werden, stellen die hier errechneten Kosten Minimalbeträge dar. Aber immerhin zeigen sie, was wir den politischen Entscheidungsträger:innen wert sind und von welchen Prioritäten sie ihr Handeln leiten lassen. Das neoliberale Patriarchat unserer Tage ist kriegstüchtig, profitgeil und geht dabei über Leichen. Während Milliarden für Waffen ausgegeben werden, um Menschen zu töten oder zu Invaliden zu machen, wird Frauen und Kindern die Lebensgrundlage entzogen oder diese zumindest geschmälert. Frauenarbeit muss so viel mehr wert sein, dass für Militärbudgets nichts mehr übrig bleibt. Außerdem gehört durch Spekulation mit Rüstungsaktien erworbenes Vermögen sofort in gesellschaftliches Eigentum überführt. Die Gewinne etwa auf Aktien des Rüstungskonzerns Rheinmetall sind in den letzten zehn Jahren um sagenhafte 2.111 % gestiegen – nur ein Beispiel dafür, wie man ohne Arbeit Millionen verdienen kann.

Die Studie ist in voller Länge online zu finden: Rainer Eppel, Marian Fink, Thomas Horvath, Christine Mayrhuber, Silvia Rocha-Akis (2024): **Simulation von Änderungen des Pensionssystems auf die Höhe der Alterseinkommen und den Gender Pension Gap in Österreich**. Endbericht. Hrsg. v. WIFO. ■

Hilde Grammel  
ist stellvertretende Bundesobfrau des ZVPÖ.



**Hilde Grammel**

**Besuchen Sie unsere Website. Aktuelle Themen und Termine gibt's unter**

**www.zvpoe.at**



# Offene Wunde: Pflege

**Vor rund 10 Jahren hat der ZVPÖ einen Prozess angestoßen, der zur Ausformulierung von pflegepolitischen Forderungen geführt hat.**

**Wir halten 2026 fest: Die pflegepolitische Broschüre des ZVPÖ ist nach wie vor auf der Höhe der Zeit.** Eine Hauptforderung des ZVPÖ ist, dass die pflegepolitischen Agenden mit jenen der Gesundheitspolitik strukturell zusammen gedacht, geplant, koordiniert und zusammen administriert werden müssen, um eine Verbesserung der Versorgungssicherheit zu gewährleisten.

Das bedeutet, dass es zu einer verfassungsrechtlichen Strukturberreinigung kommen muss, damit die Betroffenen nicht weiterhin mit verschiedenen Süppchen abgespeist werden.

## PflegegeldEinstufung und Valorisierung der Geldbeträge

Erfreulicherweise gibt es seit 1. Jänner 2020 die gesetzliche Grundlage für die jährliche Erhöhung des Pflegegeldes in allen Stufen mit dem jeweiligen Anpassungsfaktor nach § 108f ASVG. Dieser Anpassungsfaktor richtet sich nach der Erhöhung der Pensionen und „ist so festzusetzen, dass die Anpassung der Erhöhung der Verbraucherpreise entspricht“. Das war ein Fortschritt, ABER: Die Preisentwicklung der zugekauften Pflegeleistungen und Pflegeartikel liegt durchwegs über der durchschnittlichen Inflationsrate und entkoppelt sich damit permanent von der Entwicklung des VPI (Verbraucherpreisindex). Zudem sind aktuell die „Expert:innen“ von IHS und WIFO ebenso permanent sehr emsig auf der Suche nach Kürzungsmöglichkeiten bei den Pensionen bzw. deren Wertanpassung. Somit würde jede Beschneidung des Faktors zur Anpassung der Pensionen unverzüglich und nachhaltig den Kaufwert des Pflegegeldes entwerten.

Das lehnt der ZVPÖ kategorisch ab. Vielmehr sollte die Preissteigerung bei den Pflegeprodukten rechtssicher und laufend abgegolten werden.



## Auffällige Zahlen

Bei der Analyse der pflegegeldbeziehenden Personen fällt auf, dass bei der PVA (Pensionsversicherungsanstalt) versicherte Menschen signifikant anders eingeschätzt werden. Im Berichtsmonat Dezember 2024 bezogen 69,66 % der PVA-Pflegegeldempfänger:innen Pflegegeld der Stufen 1-3. Bei den Selbständigen waren es 64,63 % und bei öffentlich Bediensteten 61,53 %. Somit stuft die Versicherung der öffentlich Bediensteten (BVAEB) bedeutend häufiger 4-7 ein als die PVA. Das kann sich allein durch unterschiedliche Erkrankungsbilder von Arbeiter:innen und Beamt:innen sicher nicht erklären lassen. Verglichen mit den anderen öffentlichen Pensionsversicherungsträgern stuft die PVA als Versicherung der Arbeiter:innen durchschnittlich 7 % der Bezieher:innen „niedriger“ ein als die anderen. Das betraf 2024 auf Basis der PVA-Empfänger:innen in absoluten Zahlen rund 26.000 Menschen - also mehr als die Einwohnerzahl der Stadt Baden bei Wien.

An dieser Stelle erinnern wir vom ZVPÖ daran, dass endlich auch grundsätzliche die Maßnahmen für aktivierende Pflege bei der Stundentafel für die PflegegeldEinstufung berücksichtigt werden.

## Pflege und Arbeitswelt

Seit Jahren werden händeringend Pflegekräfte für Österreich gesucht. Um den hohen Ausfallsraten und dem natürlichen Abgang durch Pensionierung zu begegnen, müssten sich jährlich rund 8000 junge Menschen für eine Ausbildung in diesem Arbeitsfeld entscheiden. Mit anderen Worten: Rund jedes zehnte in Österreich geborene Kind würde für die Pflege gebraucht werden, um den Bedarf zu decken.

In den Sonntagsreden hören wir beständig, wie mit Kreidestimmchen die Attraktivität des Pflegeberufs betont wird. Aber: Das hat auch mit den Gehältern und Arbeitszeiten zu tun. Allein die Tatsache, dass die Salzburger Landesregierung den Care-Arbeiter:innen den, während der Corona-Epidemie mühsam erkämpften, Entgeltzuschuss wieder aus der Tasche ziehen wollte, spricht Bände. Die blau-schwarze Landesregierung wollte sich so Steuergeld vom Bund ins Landesbudget hinüber schwindeln. Das konnte nur deshalb verhindert werden, weil an die 20.000 Menschen in Salzburg bei Eiseskälte empört protestierend auf die Straße gegangen sind.

Der ZVPÖ wird sehr genau beobachten, ob bei den kommenden Budgetverhandlungen der Entgeltzuschuss, der ja bislang nur zeitlich begrenzt gesetzlich festgeschrieben ist, weiterhin österreichweit abgesichert werden wird oder nicht. ■

Rudi Gabriel

Folgende **Mitglieder** sind von uns gegangen. Wir wollen ihnen ein treues **Gedenken** bewahren und den Hinterbliebenen unser **aufrichtiges Beileid** aussprechen.

### Kärnten:

Erich Klingelhöffer

### Niederösterreich:

Raimund Löschberger  
Frida Skopik

### Steiermark:

Friedrich Umundum  
Ruperta Schimanko  
Jürgen Rossol

### Oberösterreich:

Hilde Zauner

### Wien:

Gerhard Mannsbart  
Edith Sethaler  
Hannelore Steindl

# ÖGB-Pensionist:innen: Richtige Forderungen, mangelnde Mobilisierung

Im Ruhestand weiterhin Gewerkschaftsmitglied zu bleiben, scheint auf den ersten Blick möglicherweise nicht notwendig. Schließlich entfallen mit dem Ende des Berufslebens viele der klassischen gewerkschaftlichen Anliegen rund um Arbeitsbedingungen, faire Entlohnung und den Schutz vor Diskriminierung am Arbeitsplatz. Doch bei genauerem Hinsehen wird deutlich: Gewerkschaften gehen weit über den Arbeitsplatz hinaus und bieten auch im Ruhestand zahlreiche Vorteile und Möglichkeiten, sich für gemeinsame Interessen einzusetzen.

Die Gewerkschaft steht nicht nur für den Einsatz am Arbeitsplatz, sondern auch für Solidarität und das Engagement für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Belange – Werte, die in keiner Lebensphase an Bedeutung verlieren. Ein zentraler Punkt ist der politische Einfluss der Gewerkschaft, denn Gesetzgebungsverfahren betreffen nicht nur die aktive arbeitende Bevölkerung, sondern auch Pensionist:innen.

Der ÖGB-Bundespensionist:innenvorstand setzt sich aus Vertreter:innen aller Teilgewerkschaften und Fraktionen zusammen. Seine Aufgabe: Die sozialen, wirtschaftlichen

und kulturellen Interessen der älteren Generation zu vertreten. Hauptziel dieses Gremiums ist der aktive Beitrag zur Gestaltung gesetzlicher Rahmenbedingungen. Diese betreffen sowohl Arbeitnehmer:innen als auch Pensionist:innen und sichern die Mitwirkung an Themen der Senior:innenpolitik zur Aufrechterhaltung der Solidarität zwischen den Generationen ebenso wie sie sich für einen modernen Sozialstaat einsetzen, der u.a. eine hochwertige medizinische Betreuung und Pflege für Pensionierte zugänglich macht.

## Für grundlegende Werte

In der Präambel ihrer Geschäftsordnung bekennen sich die ÖGB-Pensionist:innen darüber hinaus zu grundlegenden Werten wie Frieden, sozialer Gerechtigkeit und Chancengleichheit. Zugleich wird ein starker Fokus auf den Dialog zwischen den Generationen gelegt, um ein gesellschaftliches Miteinander ohne Platz für Faschismus und Rassismus zu fördern. Seit 2022 führt Monika Kemperle den Bundespensionist:innenvorstand und übernimmt gleichzeitig die Funktion der Vizepräsidentin des Österreichischen Seniorenrates. Wesentliche Anliegen dieses Gremiums sind unter anderem die Verbesserung der Pflegesituation, die Kritik an geplanten Pensionsanpassungen angesichts der Inflation sowie die Vorbereitung auf kommende Budgetverhandlungen.

Obwohl diese Forderungen zweifellos wichtig und richtig sind, wird häufig die Mobilisierung der Mitglieder für diese Themen und der nötige Druck gegenüber der herrschenden Politik vernachlässigt.

Trotz dieser kritischen Betrachtung hinsichtlich fehlender Umsetzungsstrategien spricht vieles dafür, auch im Ruhestand Mitglied der Gewerkschaft zu bleiben – sei es wegen des individuellen Serviceangebots oder aufgrund des klaren Bekenntnisses zu Solidarität und gesellschaftlichen Werten. ■

Josef Stingl



## Die Grazer Bürgermeisterin Elke Kahr zum Thema Pensionen:

*„Viele beziehen nur kleine Pensionen und leiden schon jetzt massiv unter der Teuerung – hier will die ÖVP noch mehr einsparen, während für vermeintliche Konjunkturpakete und Rüstung Milliarden bereitstehen. Das ist unsozial und ungerecht.“*

*Es wäre ein herber Schlag für die älteren Menschen in unserer Gesellschaft. Die Personen im Ruhestand wurden bereits durch die Erhöhung des Krankenversicherungsbeitrags und weitere Erhöhungen etwa bei Medikamentenkosten, E-Card und Fahrtendiensten stark belastet. Was es braucht, ist ein Sockelbetrag für die unteren Pensionen um die Menschen zu entlasten!“*



## Klare Erwartung an die Bundesregierung

Die Präsidentinnen Ingrid Korosec und Birgit Gerstorfer machten klar, dass weitere Sparmaßnahmen nicht akzeptabel sind. Die volle Inflationsabgeltung für alle Pensionistinnen und Pensionisten, der Stopp weiterer Belastungen bei den Krankenversicherungsbeiträgen und transparente, planbare Regeln bei der Pensionsanpassung sind aus Sicht des Seniorenrats unverzichtbar. Alles andere würde das Vertrauen in den Sozialstaat nachhaltig erschüttern und ein gefährliches Signal an jene senden, die mit ihrer Lebensleistung die Grundlage für den heutigen Wohlstand geschaffen haben.

*Pressekonferenz des Seniorenrates am 9. April 2026*

Anfang April feierte unsere Kollegin **Koch Roswitha** ihren 85. Geburtstag.

Ihre bescheidene, aber doch sehr kenntnisreiche Art und Lebenshaltung hat Roswitha in zahlreichen Funktionen, wie z.B. beim BDF, bei Kinderland, bei unserem Zentralverband usw. usf. hohes Ansehen und Wertschätzung erbracht.

Ihre Meinung und ihr Rat sind uns nach wie vor sehr wichtig.

Wir wünschen Roswitha noch viele schöne Jahre in unserer Gemeinschaft und gratulieren recht herzlich zum „Halbrunden“.

Kurt Luttenberger  
Für den Zentralverband der  
Pensionisten Steiermark

# AUS DEN BUNDESLÄNDERN

## Wien

(Voranmeldungen – ausgenommen Wien West - jeweils erbeten unter Tel. Nr. 01/ 214 65 73)

### Sprechstunden in Wiener Bezirksgruppen:

**Beratungszentrum 2 & 22:** Goethehof/ Schüttaustraße 1, jeden 2. Donnerstag im Monat von 14 bis 16 Uhr.

**Leopoldstadt:** Praterstraße 54, 1. Stock, Mittwoch und Donnerstag von 10-13 Uhr, Klubnachmittag jeden ersten Montag im Monat von 14-18 Uhr.

**Landstraße:** Baumgasse 29 – 31, jeden 1. Montag im Monat von 14 - 15 Uhr.

**Margareten:** Reinprechtsdorferstraße 6, jeden 1. Montag des Monats von 17-19 Uhr

**Favoriten:** Pernersdorferhof, Troststraße 68-70 (Eingang um die Ecke Herzgasse 90). Sprechstage jeden 2. Dienstag im Monat von 17 – 18 Uhr.

**Simmering:** Hugogasse 8. Treffen finden jeweils jeden 2. Donnerstag des Monats von 15- 17 Uhr statt

**Meidling:** Cothmanstraße 11, jeden 2. Montag im Monat von 15-17 Uhr.

**Wien-West:** Drechslergasse 42, 1140 Wien, jeden ersten Mittwoch im Monat von 14-15 Uhr.

**Donaustadt:** Wurmbbrandgasse 17, jeden ersten Dienstag im Monat von 14 bis 15 Uhr.

**Liesing-Atzgersdorf:** Terramaregasse 17/15/R1 (Club 23), jeden Dienstag ab 15 Uhr

## Wiener Donnerstagwanderungen

Die Wanderungen finden **wöchentlich jeden Donnerstag** (Sommerferien und Feiertage ausgenommen)

Die jeweiligen Treffpunkte und Ziele werden kurzfristig festgelegt und auf unserer homepage [www.zvpoe.at](http://www.zvpoe.at) unter der Rubrik **Ausflüge/Wandern** bekannt gegeben.

Nähere Auskünfte und Rückfragen sind auch telefonisch bei Kollegen **Werner Schütz** unter **0680/5069560** möglich.



## Bus-Tagesausflüge Bezirksgruppe Liesing/ Club 23:

10.06. Bodensdorf bei Wieselburg - Wurzers Genuß- und Erlebnishof  
Anfragen und Anmeldungen an Koll. Peter Kutalek unter 0664 - 4401400

## Bus-Tagesausflüge Bezirksgruppen Donaustadt und Floridsdorf:

18.06. Artstetten  
16.07. Raasdorf – Pilzzucht, Schloss Orth  
Anfragen und Anmeldungen an Koll. Brigitte Nowotny unter 0664 2555833 oder Koll. Dolfi Hickl unter 0664 73493144  
20.08. Schrattenberg

## Niederösterreich

### Sprechstage:

**Brunn/Geb.:** jeweils an einem Donnerstag im Monat ab 15.30 Uhr beim Heurigen Hössl,

**Wiener Straße 25. Nächste Termine:** 21.05.2026 und 18.06.2026. Voranmeldungen erbeten unter **Tel.Nr. 01/ 214 65 73 bzw. zvpoe@aon.at/ Kollege Herbert Fuxbauer**

**Wr. Neustadt:** Kollonitschgasse 12., aktuelle Termine werden auf unserer homepage bekannt gegeben. Voranmeldungen erbeten unter Tel.Nr. 01/ 214 65 73 bzw. zvpoe@aon.at

**Krems:** Beratung und Auskünfte in Pensions- und Sozialfragen unter der Tel. Nr. 01/ 2146573

**St. Pölten:** Beratungen und Auskünfte des ZVPÖ jeweils am letzten Donnerstag im Monat von 16-17.30 Uhr, Andreas Hoferstraße 4, 1.Stock (Eingang hofseitig). Voranmeldungen erbeten unter Tel.Nr. 01/ 214 65 73 bzw. zvpoe@aon.at

**Fischamend:** Beratungstermin jeweils an einem Mittwoch ab 17.00h, Enzersdorferstraße 22. Aktuelle Termine und Informationen werden auf unserer homepage veröffentlicht. Voranmeldungen erbeten unter Tel.Nr. 01/ 214 65 73 bzw. zvpoe@aon.at

## Oberösterreich

### Sprechstage:

**Linz Voest-Kleinmünchen:** zu unseren monatlichen Versammlungen treffen wir uns jeden ersten Mittwoch im Monat im Gasthaus Seimayr, Steinackerweg 8, ab 14 Uhr im grossen Saal.

**Oberösterreich:** Treffen finden jeden letzten Montag im Monat in der Melicharstraße 8 ab 15.00h statt. Beratungen sind gegen tel. Voranmeldung von 14.00 Uhr bis 15.00 Uhr möglich. Kontakt über Koll. Hans Kropiunik Tel. 06643127737 oder e-mail: kropiunik@rewes-oeg.at

## Steiermark

(Voranmeldungen – ausgenommen Graz - jeweils erbeten unter Tel.Nr. 0650 - 9400681)

### Sprechstage:

**Kapfenberg:** Sprechstage und Zusammenkünfte jeden ersten Donnerstag im Monat ab 14 Uhr im „Franz Bair-Heim“, Feldgasse 8.

**St. Peter-Freienstein:** die Info-Stammtische finden jeweils am 2. Dienstag im Monat ab 14 Uhr im Freiensteinerhof statt.

**Leoben:** Die Sprechstunden finden jeden 2. Monat, immer am 3. Mittwoch ab 14 Uhr im „Gasthaus Hallodri“ in Donawitz statt.

**Graz:** Sprechstage Dienstag und Donnerstag von 10-12 Uhr. Um Voranmeldung unter Tel.Nr. 0650 – 8516377 an Koll. Arnold Weidinger wird gebeten. Jeden Donnerstag ab 13 Uhr Zusammenkunft im Karl-Drews-Klub hinter dem Volkshaus.

**Eisenerz:** Sprechstage jeden Montag von 9-12 Uhr in 8790 Eisenerz, Freiheitspl. 1

## Bus-Tagesausflüge ZVPÖ Steiermark

17.07. Buschenschank-Ausfahrt

## Bus-Tagesausflüge Ortsgruppe Eisenerz

08.07. Pyramidenkogel  
09.09. Bratlessen am Feuerkogel  
Anfragen und Anmeldungen an Koll. Anna Skender unter 0699 18055290

## Salzburg

### Beratung:

Für Informationen und Fragen steht nachfolgende Telefonnummer und E-Mail-Adresse zur Verfügung: ZVPÖ Bundesleitung, Tel.: 01/214 65 73 oder e-mail [zvpoe@aon.at](mailto:zvpoe@aon.at)

## Burgenland

### Sprechtage:

**Eisenstadt:** Sozialberatung und Beratung in Pensionsangelegenheiten. Vertraulich und kostenlos. Ab sofort jeden ersten Dienstag im Monat von 14-16 Uhr, Hauptstraße 26/1.Stock. Telefonische Voranmeldung unter 0660-7689334 unbedingt erbeten.

## Kärnten

### Sprechtage:

**Villach:** Sprechtag jeden letzten Donnerstag im Monat ab 14.30h im Seniorenclub Arbeiterheim, Ludwig-Walter-Straße 29. Voranmeldungen bitte unter Telefon 0699/10073931 oder e-mail: [office.kr@zvpoe.at](mailto:office.kr@zvpoe.at)

**Klagenfurt:** Sprechtag finden jeden Dienstag von 12-14 Uhr im Volkshaus, Südbahngürtel 24 statt. Voranmeldungen bitte unter Tel. Nr: 0664/3275763 oder e-mail: [office.kr@zvpoe.at](mailto:office.kr@zvpoe.at)



## Tirol

### Sprechtage:

**Innsbruck:** unsere Sprechtag finden jeweils am 1. Donnerstag im Monat um 15 Uhr statt, Treffpunkt wird auf unserer homepage bekannt gegeben. Um Voranmeldung unter Tel.Nr. 0677 63029550 oder e-mail: [alois.rockenschaub@gmx.net](mailto:alois.rockenschaub@gmx.net)/ Koll. Alois Rockenschaub wird gebeten.

## Vorarlberg

### Beratung:

Für Informationen und Fragen steht nachfolgende Telefonnummer und E-Mail-Adresse zur Verfügung: ZVPÖ Bundesleitung, Tel.: 01/214 65 73 oder e-mail [zvpoe@aon.at](mailto:zvpoe@aon.at)



## Leicht und fein gekocht

# Frittata mit Gemüse und Käse



### Zutaten:

600g Gemüse der Saison  
1 rote Zwiebel  
6 Eier Gr. M  
20g Parmesan, frisch gerieben  
20g Semmelbrösel  
200g Scamorza oder Mozzarella  
1 EL Olivenöl  
Salz, Pfeffer, Basilikum gehackt

### Zubereitung:

Backofen auf 180° C vorheizen, eine ofenfeste Form mit Backpapier auslegen.

Zwiebel klein würfeln, Gemüse in dünne Scheiben schneiden (Karfiol und Brokkoli in kleine Röschen teilen und einige Minuten in kochendem

Wasser vorgaren). Das Öl in einer großen Pfanne erhitzen und das Gemüse bei mittlerer Hitze etwa 3 Minuten braten, dann die Zwiebel zugeben und braten bis das Gemüse bissfest ist. Die Pfanne vom Herd nehmen und das Gemüse überkühlen lassen.

Eier verquirlen, mit Parmesan, Bröseln und Gewürzen mischen. Das Gemüse unterrühren. Scamorza in dünne Scheiben schneiden.

Die Hälfte der Eier-Gemüsemasse in die Form füllen, mit den Käsescheiben belegen und die restliche Eiermasse darauf verteilen.

Im heißen Rohr etwa 20 bis 25 Minuten goldbraun backen.

Variante: 200 g gekochte Pasta unter die Eier-Gemüsemasse mischen. Dazu passt frischer Salat der Saison.

Gutes Gelingen wünscht Kollegin Martina Höllisch!

# WIR GRATULIEREN

Wir bitten die Kolleginnen und Kollegen um Verständnis, dass wir infolge Platzmangels nicht alle Geburtstage veröffentlichen können. Wir gratulieren grundsätzlich vom 50. Geburtstag angefangen alle fünf Jahre, vom 80. Geburtstag aufwärts alljährlich, soweit diese Geburtstage von den Landesleitungen beziehungsweise den Ortsgruppen mitgeteilt werden. Aus Datenschutzgründen werden Altersangaben nur mehr in Ausnahmefällen veröffentlicht!

## Wien

- 2. Bezirk:** Dobritzhofer Karl, Schober Rudi  
**3. Bezirk:** Behrendt Elfriede, Dressel Veronika, Mende-Danneberg Bärbel, Münzel Katharina, Lang Werner, Kühböck Brigitte  
**10. Bezirk:** Michal Rudolf, Sedlak Hildegard, Woller Erna, Walenta Hilde, Ondrejovics Helmut, Schmöllner Hanni  
**11. Bezirk:** Vallasik Eveline, Pekny Gerda, Pekny Ernst  
**12. Bezirk:** Wiener Christine, Weiss Wilhelm  
**13. Bezirk:** Hansmann Friederike  
**14. Bezirk:** Fleissner Peter  
**16. Bezirk:** Nolz Gertrude, Slezak Iselda, Nesvacil Erika  
**20. Bezirk:** Rozsypalek Leopold, Weiss Alois  
**21. Bezirk:** Wadosch Herbert  
**22. Bezirk:** Knotek Brigitta, Gaishofer Grete, Kandlbauer Edith, Stemmer Peter, Wallner Ernst, Korntheuer Irene  
**23. Bezirk:** Rau Wilhelm, May Jutta, Windberger Alexandra, Felbab Günter, Träger Erwin, Suchy Inge, Podolsky Helene, Kutalek Poldi

## Steiermark

- Graz:** Albrecht Ingeborg, Baumann Alois, Baumann Juliane, Edlinger Ina, Glaser Ursula, Gruber Maria, Krenn Raimund, Kunstek Stanislaus, Millner Veronika, Merkus Johann, Mugele Bernd, Oster Dieter, Peklar Alois, Ponhold Anna, Scherz Peter, Skederly Margareta, Stangl Gertrud, Stevanecz Gottfried, Teuschler Friedrich, Werthan Gertraud  
**Edelschrott:** Baldauf Johanna  
**Eisenerz:** Harrich Gertrude, Fluch Helga, Hasenhütel Sabine, Steindl Rita  
**Rosental:** Pressler Erna  
**Judenburg:** Erschbaumer Christine  
**Langenwang:** Gruber Johann  
**Leoben:** Weber Werner  
**Kapfenberg:** Kreuzriegler Ida, Schober Katharina, Steinmüller Herbert, Vogel Peter, Groiss Adolf, Schmid Renate  
**Köflach:** Lahm Irmgard, Köpperl Elfi, Gratzer Auguste  
**Unterpremstätten:** Nograsek Erich  
**Fohnsdorf:** Diernberger Waltraud



- Gleisdorf:** Pessl Erika  
**Wildon:** Scheschko Wilhelmine  
**Wundschuh:** Taucher Anton

## Niederösterreich

- Leopoldsdorf:** Wabrik Hildegard  
**Brunn:** Tanzer Albert, Polak Karl, Neuhauser Maria  
**Hinterbrühl:** Brigovich Franz  
**Wr. Neustadt:** Auinger Rudolfine, Dornauer Fritz, Krumböck Elvira, Decker Edeltraud  
**Perchtoldsdorf:** Dogl Johann, Slavicek Karl  
**Krems:** Fleischhacker Anna, Hofer Walter, Kuttner Hertha  
**Ternitz:** Kral Elfriede  
**Gramatneusiedl:** Langstadlinger Leopold  
**Vösendorf:** Slehofer Walter  
**Maria Enzersdorf:** Polak Karl  
**Traiskirchen:** Küsser Maria  
**Hainburg:** Stinauer Margarethe  
**Theresienfeld:** Rieder Inge  
**Pyhra:** Pracher Anna Karin

## Oberösterreich

- Voest-Linz Kleinmünchen:** Keplinger Edith, Müller Paula, Wolkerstorfer Helga, Zoidl Helga  
**Gruppe OÖ:** Lehner Gerhard, Knasmüller Josef

## Kärnten

- Klagenfurt:** Graier Helga, Lackner Elfriede, Nuck Elisabeth  
**Wölfnitz:** Kuchling Herta  
**Reigersdorf:** Felsberger Elisabeth  
**Rosenbach:** Aichholzer Anita  
**Villach:** Karittnig Sophie, Tscheinig Hermine  
**Fürnitz:** Karitnig Emil, Kazianka Thomas, Köfeler Sylvia  
**Gödersdorf:** Lindner Trude  
**Finkenstein:** Tonder Aloisia  
**Rosegg:** Wuzella Theresia  
**Pörtlach:** Lassnig Katharina  
**Grades:** Knapp Julia  
**Hüttenberg:** Hebenstreit Petronella  
**Unterferlach:** Ulbing Sofia  
**Latschach:** Hofmann Anna  
**Finkenstein:** Oschounig Johann

## Vorarlberg

- Hittisau:** Eberle Erwin  
**Schlins:** Kahlbacher Theresia  
**Blons:** Schneider Erna  
**Damüls:** Türtscher Eduard  
**Gisingen:** Vonbun Erika  
**Hard:** Wirth Erich

## Burgenland

- Neudörf:** Kapfer Patrik

# Große Unterstützung – ein wichtiges Signal!

## Petition „Senioren Fahrschein zurückholen“

Seit 1.1.2026 wurde von den Wiener Linien, der bisher für eine Einzelfahrt um € 1,50 erhältliche Senior:innen-fahrschein, eingestellt. Somit kostet eine Einzelfahrt uns Pensionist:innen, je nachdem, ob man den Fahrschein digital oder analog (bei Verkaufsstellen oder Automaten) kauft, € 3,00 bzw. € 3,20, in der Straßenbahn sogar € 3,40. Das ist eine Preiserhöhung (von 100 bis 127 %), die im besonderen Senior:innen mit kleinen Pensionen und jene, die alters- oder gesundheitsbedingt die Öffis nur hin und wieder benutzen, trifft. Um den Senior:innen-Fahrschein zurückzuholen, wurde vor dem Jahreswechsel eine Petition gestartet.

Kollege Hans Höllich hat den Initiator **Leonhard Leithner** getroffen und ihn um die Beantwortung nachstehender Fragen ersucht.

**aktiv leben:** Zuallererst bitten wir dich, dich für unsere Leser:innen kurz vorzustellen und um eine kurze Darstellung des Anliegens der Petition.

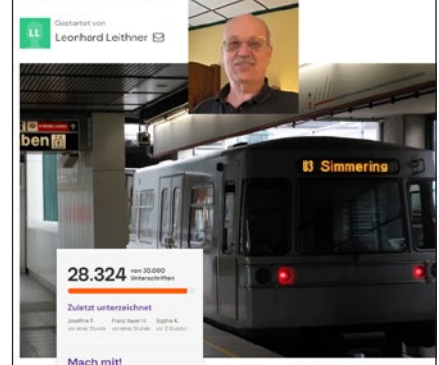
**Leonhard Leithner:** Ich habe die meiste Zeit meines Berufslebens

bei den ÖBB am Zentralverschiebebahnhof Wien gearbeitet. Schon im Vorjahr vor dem Start der Petition habe ich gegen die bekannt gewordenen Pläne zur Abschaffung des Pensionist:innenfahrscheins bei den Wiener Linien Beschwerde eingelegt. Von den Wiener Linien wurde dieser Schritt mit „notwendigen Sortimentvereinfachungen“, dem Hinweis, dass „die Jahreskarte für Senior:innen ja weiter ermäßigt“ bleibe und mit „Problemen bei der Finanzierung des Öffentlichen Verkehrs“ begründet. Diese unbefriedigenden Antworten waren ein wesentlicher Grund, die Petition zu starten.

Motiviert, mein Anliegen in eine breitere Öffentlichkeit zu tragen, entschloss ich mich, dafür die heutigen digitalen Möglichkeiten zu nutzen.

Die vorangegangenen Belastungen (Erhöhung des Krankenversicherungsbeitrags, Pensionsdeckelung), das zunehmende Senioren Bashing die geplante Einführung der e-Card-Gebühr für Senior:innen und nicht zuletzt die Ungleichbehandlungen waren aber ebenso wichtige Beweggründe.

### Wien: Senioren Fahrschein zurückholen



Ich wollte aber nicht nur kritisieren, sondern auch einen konkreten Vorschlag bringen, wie die Nutzung des Kinderfahrscheins für Senior:innen. Das wäre eine kostengünstige Lösung ohne viel Aufwand und auch ein kleiner Beitrag zur Wertschätzung von uns Senior:innen.

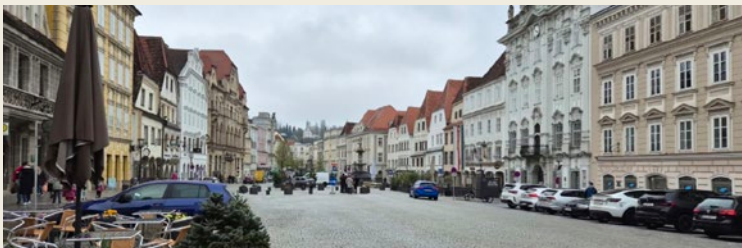
*Welche Reaktionen von politischer Seite gab es auf die Forderung nach Rückholung des ermäßigten Senior:innen-(Einzel-)Fahrscheins bis jetzt?*

Die Petition wurde an viele Personen, Gruppierungen bzw. Parteien weitergeleitet, deren tatsächliche Unterstützung kann ich nicht umfassend beurteilen. Unterstützer:innen: Ende Dezember ca. 1.000; Mitte Jänner 8.000, März 20.000, Mitte April mehr als 28.000. Die Aufnahme meiner Petition auf die Homepage des ZVPÖ hat auch einen sichtbaren An Schub gegeben.

Alle bisherigen Reaktionen auf meine Schreiben an die Verantwortungsträger blieben sehr allgemein gehalten. Mit der schlechten wirtschaftlichen Lage, Notwendigkeit der Budgetsanierung, Ausbau des Wiener Öffi-Netzes, Erhaltung und Neubeschaffung von Garnituren und Strecken wurde argumentiert.

Unser Vorschlag, künftig den Kinderfahrschein auch für Senior:innen anzuerkennen, würde, so schätze ich, aus den mir zugänglichen Unterlagen, nicht mehr als € 500.000 pro Jahr, kosten. Das wäre also Kleingeld aus der Portokasse, wenn man es in Relation zu anderen Ausgaben setzt. Der Zuschuss der Gemeinde Wien an die Wiener Linien im Jahre 2025 betrug € 1,3 Mrd.

Danke für das Gespräch. ■



### ZVPÖ Steiermark Ausflug Steyr, 10. April 2026

## Schlechtes Wetter – gute Laune!

37 TeilnehmerInnen aus Graz, Kapfenberg und St. Peter/Freienstein/Trofaiach unternahmen – trotz nicht gerade guten Wetters – eine Tagesfahrt ins schöne OÖ Steyr. Rund 1/3 der Teilnehmenden besuchte dort das

Museum Arbeitswelt am Wehrgraben, der Rest ging entweder in der Altstadt spazieren oder verbrachte einen „trockenen“ Nachmittag im Stadthotel. Trotz alledem: Wir sind zufrieden!

# Vom Paragraphenthron zum Kasernenton – Aufbegehren gegen die PVA

**Mit dem Sozialrechts-Änderungsgesetz 2012 (SRÄG 2012) wurde schrittweise ein umfassendes Reformvorhaben in Österreich angestoßen, mit dem hauptsächlich die Qualität der Pflegegeldeinstufung und das Verfahren bei der Invaliditäts- und Berufsunfähigkeitspension neu geregelt werden sollte. Jetzt, 14 Jahre später, werden eklatante Qualitätsmängel bei den Gutachten zur Invaliditätspension erhoben und öffentlich kommuniziert.**

Das Bundespflegegeld wurde 1993 eingeführt. Damit verbunden ist die Bedarfsprüfung ins Recht gesetzt worden. Die Durchführung dieser administrativen Tätigkeit wurde den zuständigen gesetzlichen Pensionsversicherungsträgern überantwortet. Seither müssen diese ihre Entscheidungen in Form eines einklagbaren Bescheides übermitteln. Um „die Treffsicherheit und Finanzierung des Systems zu sichern“ wurden 2012 sowohl die Begutachtungstätigkeit der Pensionsversicherungsträger als auch die Invaliditätsbegutachtung gesetzlich neu ausgerichtet.

## Qualitätsmängel trotz Qualitätssicherung?

Alle Pensionsversicherungsträger wurden gesetzlich verpflichtet, Akademien zu errichten, in denen die Qualitätskriterien für die jeweiligen Gutachtertätigkeiten vermittelt werden. Mit dem 1. Jänner 2014 gründeten die Pensionsversicherungsträger gemeinsam die „Österreichische Akademie für ärztliche und pflegerische Begutachtung (ÖBAK)“ als gemeinnütziger Verein, um österreichweit einheitliche Standards bei Pflegegeld- und Pensionsgutachten sicherzustellen. Dort werden Aus- und Weiterbildungslehrgänge für Ärzt:innen sowie Angehörige des gehobenen Dienstes für Gesundheits- und Krankenpflege angeboten, die mit einer ärztlichen oder pflegerischen Beurteilung des Pflegebedarfes oder einer ärztlichen Beurteilung des Gesundheitszustandes befasst sind. Die

Lehrgänge der ÖBAK sollen eine österreichweit einheitliche Ausbildung sicherstellen.

Dem Verein „Österreichische Akademie für ärztliche und pflegerische Begutachtung (ÖBAK)“ gehören als ordentliche Vereinsmitglieder die drei gesetzlichen Pensionsversicherungsanstalten, als außerordentliche Mitglieder die Österreichische Ärztekammer und den Österreichischen Gesundheits- und Krankenpflegeverband (ÖGKV). Als oberste Aufsichtsbehörde für diesen Verein ist der Bun-

desminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz eingetragen.

## Seit Jahren werden Beschwerden vorgebracht

Der Österreichische Behindertenrat fordert seit vielen Jahren Verbesserungen bei Begutachtungsverfahren. In einem Positionspapier aus 2024 werden multiprofessionelle Begutachtungen sowie eine stärkere Berücksichtigung des tatsächlichen Unterstützungsbedarfs verlangt. Es sind parlamentarische Anfragen an mehrere verschiedene Sozialminister dokumentiert, in denen – offenbar begründet – die Gutachtertätigkeit und deren Qualität hinterfragt werden bzw. dezidiert auf das Beschwerdeaufkommen Bezug genommen wird.

Entzündet hat sich die Debatte neuerlich an einer von der Arbeiterkammer Oberösterreich in Auftrag gegebenen Studie des Foresight-Instituts. Aufgezeigt wurden darin signifikante Probleme bei Begutachtungen der



Pensionsversicherungsanstalt (PV). 70 Prozent der befragten Antragstellenden für Invaliditäts- bzw. Berufsunfähigkeitspension gaben an, die Untersuchungen als „wenig“ oder „gar nicht“ respektvoll empfunden zu haben. Die Rede war auch von „kassernenartigem Ton“ bis hin zu „Anschreien“ und Unterstellungen, Betroffene würden die gesundheitlichen Probleme simulieren. Nach Kritik an der Begutachtungspraxis der Pensionsversicherungsanstalt (PVA) kündigten Sozialministerin Schumann

und die Pensionsversicherung nun endlich Maßnahmen zur Verbesserung der Verfahren an. Dabei soll u.a. „ein verbindlicher Verhaltenskodex für alle internen und externen Gutachter\*innen erstellt werden, Standards zur Kommunikation stärker in Ausbildung und Zertifizierung verankert ...“, die Mitnahme einer persönlichen Vertrauensperson ausdrücklich ermöglicht werden ...“.

Wir vom ZVPÖ hören zwar mit Interesse diese Ankündigungen, wundern uns aber sehr, dass im Bereich

der Vereinsstruktur des gesetzlich installierten Ausbildungsinstituts die Betroffenen, als Expert:innen ihres Alltags, nicht repräsentiert sind.

Als Mindestforderung werden wir uns für die Aufnahme des Seniorenrats – zumindest als außerordentliches Vereinsmitglied – in die Österreichische Akademie für ärztliche und pflegerische Begutachtung (ÖBAK) einsetzen. ■

Rudi Gabriel

## Sozialversicherung – das geht uns alle an!

**Die ältere Generation ist als „Leistungsempfänger“ laufend mit den Einsparungsabsichten der rechtskonservativen Entscheidungsträger bei den gesetzlichen Kranken- und Pensionsversicherungen konfrontiert.**

**Der ZVPÖ arbeitet auch in diesem Zusammenhang aktiv an Kooperationen.**

Im Vorfeld der letzten Wahlen zur Arbeiterkammer unterstützte der ZVPÖ die zivilgesellschaftliche Initiative „Zukunftswerkstatt Gesundheitspolitik“ bei ihrem Bildungsprojekt zu den gesetzlichen Sozialversicherungen. Zu Beginn dieser Projektarbeit stand die Erfahrung, dass die zuständigen politischen Institutionen ihrem Informationsauftrag nicht unaufgefordert nachkommen. Weder das Sozialministerium noch die Wissensproduzent:innen für die Arbeiter:innen hatten in Zusammenhang mit der letzten bedeutenden Sozialversicherungsreform 2018 niederschwellige Wissens-Angebote etabliert, um die Relevanz des Themas darzustellen oder den Ernst der Lage transparent zu machen. Immerhin wird dabei die Krankenkasse der Arbeiter:innen – die ÖGK – massiv an ihren gesetzlich festgelegten Einnahmen beschnitten und vorsätzlich in eine bedrohliche Budgetkrise gestoßen.

Zunächst gestaltete sich die Kontaktaufnahme mit den relevanten Institutionen AK und ÖGB als äußerst schwierig. Dennoch ist es gelungen, Kooperationen für die Besetzung von 5 Expertinnen-Podien herzustellen. Die Podiumsdiskussionen in den Jah-

ren 2024 und 2025 hatten verschiedene Bereiche des Sozialversicherungssystems zum Inhalt: Die Frage des Eigentums an den gesetzlichen Kassen und deren Selbstverwaltung, deren Finanzierung und die relevanten Systeme des Selbstbehalts, Pflegeversicherung als Modell für die Zukunft, sowie die Herausforderungen für chronisch erkrankte Arbeiter:innen, deren Berufsunfähigkeit und die Invaliditätspension.

Die Selbstverwaltung der vom Solidaritätsprinzip getragenen sozialen Kassen ist eine immens wichtige Ererungenschaft der Arbeiter:innenbewegung. Ihre Wurzeln reichen bis in das Jahr 1887 zurück. Sie war von teilweisen Erfolgen, Rückschlägen und zwischenzeitlich gänzlicher Abschaffung begleitet. Hier wird neben einem historischen Abriss zusätzlich ein ausführlicher Projektbericht über 30 Seiten als Broschüre vorgelegt. Zudem wurden 20 Kernperspektiven ausformuliert, die als weitere Grundlage für den politischen Diskurs auf Augenhöhe dienen kann und soll.

**Auf die Wissensvermittlung kommt es an**

Was hier als Ergebnis der Debatten vorgelegt wird, ist keineswegs so leicht zu lesen. Das liegt an der Komplexität der Thematik. Die Systeme



der österreichischen Sozialversicherungen – wie diese seit 140 Jahren erfolgreich administriert werden – kann nicht simpel abgehandelt werden. Denn: Des Pudels Kern liegt eindeutig im steten Konflikt zwischen Arbeit und Kapital.

Die „Zukunftswerkstatt Gesundheitspolitik“ ist aber überzeugt, dass es künftig gelingen kann, für diese sehr relevanten Themen, die buchstäblich unseren Alltag durchdringen, Interesse zu wecken und dafür geeignete Vermittlungsformen zu finden. Die weitere Festigung der Kooperationen mit SV-Expert:innen bleibt für einen erfolgreichen Wissenstransfer und die Stärkung der Interessen der Senior:innen unverzichtbar. ■

Rudi Gabriel

# Ein seltsames Werbeverbot

In fast allen Medien wird die Bevölkerung mit Werbung und bezahlten Werbeartikeln überflutet, die private „Vorsorgeprodukte“ zur „Absicherung der Pension“ anbieten, mehr noch, Angst verbreiten, das gesetzliche Pensionssystem sei am Zusammenbrechen, nur private Pensionsversicherungen könnten helfen.

Wir haben uns schon oft mit dieser Lüge auseinandergesetzt. Den Banken und Versicherungen geht es um Provisionen und Profite, den Regierungen und der EU um die „Stärkung des Kapitalmarkts“, denn die abgeknöpften Beiträge des Publikums werden am Kapitalmarkt veranlagt und der Spekulation und den Schwankungen am Wertpapiermarkt ausgesetzt.

Was uns aber immer mehr verwundert, ist die Tatsache, dass es zwar eine Höherversicherung in der gesetzlichen Pensionsversicherung gibt, dies aber in der Öffentlichkeit kaum bekannt ist. Auch die Pensionsversicherungsanstalt (PVA) selbst macht keinerlei Anstalten, für diese Möglichkeit zu werben. Wir vermuten, dass es einen inoffiziellen, stillschweigenden „Deal“ gibt, die privaten Versicherungen nicht zu konkurrieren, zum Schaden der öffentlichen Pensionsversicherung.

Jede/r Versicherte hat das Recht, über den gesetzlich festgelegten Beitragssatz (10,25 %) hinaus in die gesetzliche Pensionsversicherung einzuzahlen. Der Vorteil gegenüber privaten Versicherungen liegt auf der Hand: Die Beiträge werden ohne Pro-

visions- und Profitabzug dem Pensionskonto gutgeschrieben, mit diesem valorisiert und zusammen mit der Alterspension ausbezahlt. Diese Beiträge stärken überdies das Umlagesystem der gesetzlichen Pensionsversicherung und sind damit auch eine Antwort auf die Angstmache durch deren Gegner.

Die freiwillige Höherversicherung ist jederzeit und in jeder Höhe bis zur doppelten monatlichen Höchst-

beitragsgrenze (derzeit € 13.860) pro Jahr und in Monatsraten oder jährlich einzahlbar möglich.

Die Zusatzzahlung kann auch jederzeit wieder ausgesetzt oder gänzlich eingestellt werden. Wer früher beginnt einzuzahlen hat den größeren Effekt. Der sich daraus ergebende besondere Steigerungsbetrag zur Pension wird zum Unterschied zu privaten Versicherungen 14 Mal ausbezahlt und zu 25 % mit dem jeweiligen Lohnsteuertarif versteuert. Bis 2021 waren die Beiträge zur Höherversicherung im Rahmen des Sonderausgabentopfes im Jahresausgleich zu

75 % steuerbegünstigt. Der ZVPÖ fordert, dies wieder einzuführen und die Erträge steuerfrei zu stellen, denn sie werden noch immer zu 25 % besteuert. Private Pensionsversicherungen werden vom Staat prämienbegünstigt und steuerfrei ausbezahlt. Es kann nicht sein, dass die Beiträge in die gesetzliche Pensionsversicherung auch zu deren Schaden gegenüber den privaten Versicherungen benachteiligt werden.

Michael Graber



## Mit dem ZVPÖ reisen tut gut!

**5-Tages-Busreise Südsteiermark: 22.–26.09.2026**

Detailprogramm-Anforderung und Anmeldungen unter Tel. Nr. 01/2146573 oder per e-mail unter [zvpoe@aon.at](mailto:zvpoe@aon.at)

**4-Tages-Busreise des ZVPÖ Steiermark nach**

**Lignano: 10.–13.06.2026**

Detailprogramm sowie Anmeldungen bei Kollegen Arnold Weidinger unter Tel. Nr. 0650 8516377 oder per e-mail unter [zentralverband@gmx.at](mailto:zentralverband@gmx.at)

Änderungen vorbehalten

**aktivLEBEN**

Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz:  
„aktiv leben“ • Organ des Zentralverbandes  
der Pensionistinnen und Pensionisten  
Österreichs • Gegründet 1924

Herausgeber und Verleger:  
Zentralverband der Pensionistinnen und  
Pensionisten Österreichs.  
Redaktion: 1020 Wien, Praterstraße 54/8a  
Tel.+Fax: 01/214 65 73,  
E-Mail: [zvpoe@aon.at](mailto:zvpoe@aon.at). Fotos: Archiv.  
Grafik und Herstellung: [typothese.at](http://typothese.at)

P.b.b. – Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1020 Wien Z-Nr.: GZ 02Z030662M  
Retouren an ZVPÖ, Praterstraße 54/8A, 1020 Wien